

KOMMENTARE

# Esel und Karotte

WOLFGANG VOIGT

Seit der Wiedervereinigung vor knapp drei Jahrzehnten ist die Herstellung sogenannter gleichwertiger Lebensverhältnisse das erklärte politische Ziel der jeweils amtierenden Bundesregierung. Mit der Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zwischen Rügen und Rottach-Egern verhält es sich dabei ähnlich wie mit dem Esel, dessen Reiter ihm die an einer Angel baumelnde Karotte vor die Nase hält: Das Ziel weicht stets um jene Strecke zurück, die das Grautier darauf zubrät.

Aus baden-württembergischer Sicht scheint erst mal alles gut: Mit einem Durchschnittsverdienst von gut 3500 Euro rangieren die Arbeitnehmer im Südwesten im Vergleich der Bundesländer weit vorn. Besser stehen laut der Statistik der Arbeitsagentur allein die Angestellten in Hamburg da, wo die Arbeitgeber durchschnittlich mehr als 3600 Euro überweisen. Rechnet man den Umstand heraus, dass ein Stadtstaat strukturell nicht ohne Weiteres mit einem Flächenland zu vergleichen ist, kann sich die Wertschöpfung im Ländle sehen las-

sen. Und betrachtet man die Stadt der deutschen Spitzenverdienste für Angestellte, wird einmal mehr die Bedeutung der Automobilwirtschaft für die deutsche Ökonomie klar: In Ingolstadt wird mit 4600 Euro am meisten verdient.

Die Lücke zwischen Ost und West jedoch – sie bleibt. Der Durchschnittsangehörige in Mecklenburg-Vorpommern kann pro Monat nur mit knapp 2400 Euro rechnen, in Thüringen und Sachsen ist das Auskommen nur unwesentlich besser. Die isolierte Betrachtung der Zahlen allein genügt für den Befund der Ungleichheit jedoch kaum. Der Mietzins einer Wohnung in Esslingen unterscheidet sich beträchtlich von dem in Erfurt, und auch die sonstige Lebenshaltung ist etwa in Augsburg teurer als in Anklam.

Was viele Menschen aus dem Norden und Osten weiterhin nicht daran hindert, im Süden ihr Glück zu suchen. Städte wie Karlsruhe profitieren von diesem Zuzug. Einem Zuzug, der am Ende doch nichts anderes ist als Wirtschaftsmigration. Die ist in diesem Fall jedoch gesellschaftlich akzeptiert.

# Im Tal der Tränen

MARTIN FERBER

Es ist noch nicht lange her, da blickte die Union mit einer Mischung aus Herablassung, Spott und auch einer gewissen Besorgnis auf die SPD. Eine Partei, die nicht mehr in der Lage sei, auf 30 Prozent der Stimmen zu kommen, könne nicht länger für sich in Anspruch nehmen eine Volkspartei zu sein, hieß es bei CDU und CSU. Verbunden wurde dies mit dem kräftigen Eigenlob, nur die Union sei so breit verankert, dass sie sich eine Volkspartei nennen dürfe. Und wie zum Beleg für diese These holte Angela Merkel bei der Bundestagswahl vor fünf Jahren 41,5 Prozent der Stimmen.

Heute können CDU und CSU von solchen Zahlen nur noch träumen. Der spiellose Niedergang der SPD, die vor 20 Jahren mit Gerhard Schröder die Wahlen mit 40,9 Prozent gewann und mittlerweile bundesweit unter die 20-Prozent-Marke gerutscht ist, erreicht mit einer zeitlichen Verzögerung die Union. Würde am Sonntag gewählt, käme die Partei der Kanzlerin auf lediglich 29 Prozent – ein historisches Tief. Schlechter standen die beiden C-Schwester noch nie da. Und doch kommt dieser Wert nicht überraschend. Schon bei der Bundestagswahl vor zehn Monaten gab es mit 32,9 Prozent ein Debakel.

Die unmissverständliche Botschaft des Wählers verfehte offenbar ihre Wirkung.

CDU und CSU haben seit der Wahl nicht viel getan, um ihr Ansehen zu verbessern. Der Streit zwischen Merkel und Horst Seehofer um die Rückführungen, die Flügelkämpfe zwischen der konservativen „Werte-Union“ und der liberalen „Union der Mitte“ sowie der noch immer nicht entschiedene und nur bis zur bayerischen Landtagswahl aufgeschobene Machtkampf um den CSU-Vorsitz werfen kein gutes Licht auf die Regierungspartei, die um Kurs und Richtung ringt. Vor allem aber hat sie noch keine Strategie im Umgang mit der AfD gefunden, deren Höhenflug unverändert anhält.

Große Sorge bereitet noch ein weiterer Trend: Wenn Union und SPD langfristig nicht ihr Tal der Tränen überwinden und den Niedergang aufhalten, wird die Mehrheitsfindung und damit die Regierungsbildung in den Parlamenten immer schwieriger. Selbst eine Große Koalition, die bislang als letzter Rettungsanker für stabile politische Verhältnisse sorgte, wäre nicht mehr möglich. Union und SPD, Grüne und FDP kommen zusammen nur noch auf 69 Prozent, während die Parteien an den politischen Rändern erstarben. Das finden nur jene gut, die kein Interesse an stabilen Verhältnissen haben, sondern ein anderes System in Deutschland wollen. Gab es das nicht alles schon einmal?

# Schweregewicht im Ring

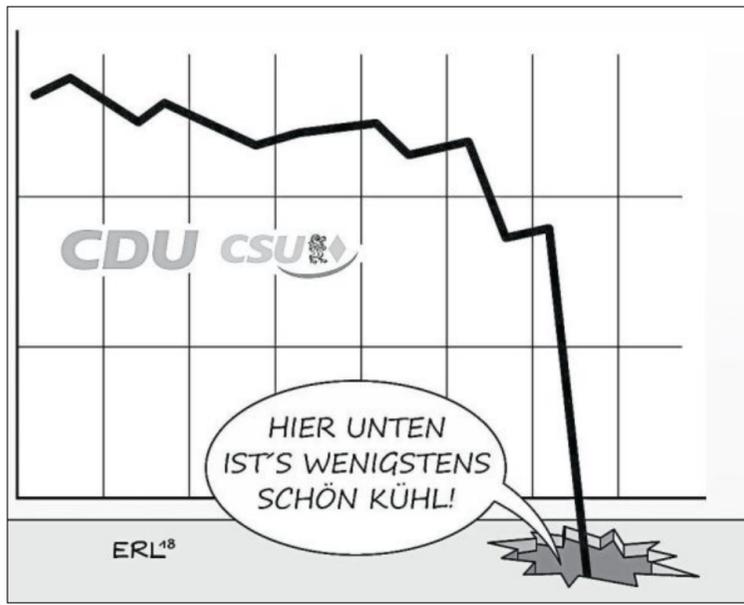
FRANK HERRMANN

Es ist ein geradezu fanatischer Eifer, den Donald Trump an den Tag legt, um abzuwickeln, was Barack Obama aufgebaut hat. Für kaum ein anderes Politikfeld gilt das, abgesehen vielleicht von Iran, so sehr wie für den Umweltschutz. Dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen folgte das Aufweichen der Emissionsregeln für Kohlekraftwerke, und nun versucht Trump einen weiteren Pfeiler im umweltpolitischen Gebäude seines Vorgängers zu demolieren.

Geht es nach seinem Willen, wird bald nur noch Makulatur sein, was Obama mit Blick auf das Jahr 2025 an Abgaszielen für Autos beschloss. Den Benzinverbrauch so drastisch zu senken, wie es der bislang letzte umweltbewegte Präsident der Vereinigten Staaten ins Auge gefasst hatte, geht gegen die Interessen der Ölindustrie. Und da sich Trump als rigoroser Interessenvertreter der fossilen

Rohstoffbranche begreift, legt er die Axt nun auch an dieses Regelwerk.

Nun wird sich erweisen, was Obamas Amerika Trump'schem Zerstörungswerk entgegenzusetzen hat. Wie robust das System der „checks and balances“ ist, bis zu welchem Grade es ihm gelingt, den Mann mit der Abrissbirne zum Innehalten zu zwingen. Mit Kalifornien, einem Vorreiter, wenn es um sinkende Autoabgase geht, steigt ein echtes Schwergewicht in den Ring. Wirtschaftlich eine Macht, den Blick nach Asien, ein Aufklärer der Klimadebatte. Ein Staat, in dem sich alles um die Zukunft dreht und der schon deshalb mit Trumps Erzählung, der nostalgischen Beschwörung der vermeintlich goldenen 50er Jahre, nichts anfangen kann. Kalifornien ist ein Gegner, der dem Rückwärtsgewandten im Weißen Haus die Grenzen seiner Macht aufzeigen könnte.



Karikatur: Erl

# Bombenbauer plante Rizin-Anschlag

Bundesanwaltschaft sieht Terrorverdacht erhärtet

Karlsruhe/Köln (dpa). Nach dem Fund von hochgiftigem Rizin zum Bombenbau in einer Kölner Wohnung erhärtet sich der Terrorverdacht gegen den in Untersuchungshaft sitzenden Islamisten Sief Allah H. Die Ermittler sind inzwischen überzeugt, dass der Tunesier tatsächlich vorhatte, einen Anschlag in Deutschland zu begehen. „Er wollte an

minisation Islamischer Staat (IS) bemüht haben. Dazu habe er einen Treueeid auf den Anführer des IS geschworen. Die Ermittler haben mittlerweile auch Erkenntnisse, dass IS-Kämpfer Sief Allah H. den Vorschlag gemacht haben, einen Anschlag gegen „Ungläubige“ in Deutschland zu begehen. Bei der Vorbereitung geht die Bundesanwaltschaft

## Festnahmen mutmaßlicher Helfer in Tunesien

von mindestens zwei Helfern im Ausland aus. In Tunesien sind am Freitag zwei Verdächtige im Zusammenhang mit dem Fall festgenommen worden.

H. habe sich im Mai per Messenger-Dienst bei einer unbekannt Person über die Herstellung von Rizin informiert. Ein anderer Unbekannter soll ihm Ende Mai das nötige Wissen für die Herstellung der Sprengladung verschafft haben. Anfang Juni habe H. übers Internet 250 Metallkugeln bestellt, die er als Splittermaterial verwenden wollte, wurde weiter mitgeteilt.

Freitag zwei Verdächtige im Zusammenhang mit dem Fall festgenommen worden.

H. habe sich im Mai per Messenger-Dienst bei einer unbekannt Person über die Herstellung von Rizin informiert. Ein anderer Unbekannter soll ihm Ende Mai das nötige Wissen für die Herstellung der Sprengladung verschafft haben. Anfang Juni habe H. übers Internet 250 Metallkugeln bestellt, die er als Splittermaterial verwenden wollte, wurde weiter mitgeteilt.

## Holocaust-Leugnerin scheitert mit Klage

Karlsruhe (dpa). Die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck ist mit einer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gescheitert. Eine Bestrafung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermordes sei mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit vereinbar, teilte das Gericht mit. Die Beschwerde eines zweiten Klägers, der wegen Verharmlosung des NS-Völkermordes zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, hat Erfolg. Eine Verurteilung komme nur bei Äußerungen in Betracht, die den öffentlichen Frieden gefährden könnten, so die Begründung.

## „Russische Spionin in der US-Botschaft“

Washington/Moskau (dpa). Eine russische Spionin soll nach einem Zeitungsbericht jahrelang unerkannt in der US-Botschaft in Moskau gearbeitet haben. Die russische Ortskraft sei vom Secret Service eingestellt worden und habe länger als zehn Jahre Zugang zu Geheimdienstinformationen und E-Mails gehabt und diese auch an den russischen Inlandsgeheimdienst weitergegeben. Das berichtete die britische Zeitung „Guardian“. Um einen Skandal zu verhindern, sei die Spionin im Sommer des Vorjahres unauffällig entlassen worden.

## Neue Korvette heißt „Karlsruhe“

Karlsruhe (BNN). Eine der fünf neuen Korvetten der Marine wird den Namen „Karlsruhe“ tragen. Die CDU-Fraktion im Karlsruher Gemeinderat begrüßte diese Entscheidung. „Das ist eine gute Nachricht für Karlsruhe. Bei der Marine ist es eine lange Tradition, eines ihrer Schiffe unter dem Namen ‚Karlsruhe‘ vom Stapel laufen zu lassen“, teilte Stadtrat Sven Maier am Freitag mit. Die Stadt übernimmt auch die Patenschaft für das Schiff. Die Korvette soll ab Anfang der 2020er Jahre in Dienst genommen werden.



AUFTRITT IM BIERZELT: Im oberbayerischen Töging am Inn beklagte der CSU-Vorsitzende und Bundesinnenminister Horst Seehofer eine Kampagne gegen seine Person. Foto: dpa

Berlin (dpa). Bundesinnenminister Horst Seehofer hat mit dem Kampagnen-Vorwurf an seine Gegner und seiner Twitter-Ankündigung Kritik und Spott auf sich gezogen. FDP-Fraktionsvize Michael Theurer griff den CSU-Vorsitzenden für dessen Aussagen in einer Bierzelt-Rede am Donnerstagabend scharf an. „Horst Seehofer schlägt wie ein angeschlagener Boxer vor dem endgültigen Niederschlag wild um sich“, sagte Theurer am Freitag. Seehofer schimpfte ganz im Stil

## Seehofer will twittern

von US-Präsident Donald Trump auf die Medien, die angeblich nicht über manche seiner Wahrheiten berichteten. „Als Bundesinnenminister wäre es aber vielmehr seine Aufgabe, den Rechtsstaat einschließlich unabhängiger und kritischer Medien zu verteidigen und nicht pauschal zu verunglimpfen“, sagte Theurer. Es werde immer

klarer, dass Seehofer ein Parteivorsitzender und Minister auf Abruf sei. In seiner ersten Bierzelt-Rede seit vielen Wochen im oberbayerischen Töging am Inn hatte Seehofer seinen Kritikern eine gezielte Kampagne gegen seine Person vorgeworfen. „Ich fange wahrscheinlich Ende August selbst das Twittern an“, sagte er – und begründete dies so: „Ich sehe mich jetzt gezwungen, weil manche Wahrheiten ich sonst nicht unter eine breitere Bevölkerung bekomme.“

## Porträt des Tages

Marine Le Pen



Ungeachtet schwerer Rückschläge gibt Marine Le Pen (Foto: dpa) nicht auf. Nach ihrem spektakulären Scheitern bei der französischen Präsidentenwahl im vergangenen Jahr hofft die Rechtspopulistin, die an diesem Sonntag 50 Jahre alt wird, nun auf einen Erfolg bei der Europawahl im Mai 2019. Die Chefin der Nationalen Sammlungsbewegung, die bis vor Kurzem Front National (FN) hieß, sieht sich nach den Regierungsbeteiligungen der FPÖ in Österreich und der Lega in Italien im Aufwind. „Heute gibt es wahrscheinlich eine europaskeptische Mehrheit in Europa“, sagte die Tochter von FN-Mitgründer Jean-Marie Le Pen (90). Ein Erfolg bei der Europawahl wäre für sie eine Revanche. Europa- und Deutschlandfreund Emmanuel Macron hatte sie vor 15 Monaten im Endduell der Wahl um das höchste Staatsamt mit 66 Prozent der Stimmen deutlich geschlagen.



Die Lage von Le Pens Rassemblement National (RN) ist alles andere als rosig. Nach Einschätzung Le Pens steht RN vor einer existenzbedrohenden Krise. Unterstützer wurden bereits um Spenden gebeten, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Hintergrund der Turbulenzen ist die seit langem schwelende Affäre um Jobs im Europaparlament. Französische Ermittlungsrichter entschieden vor rund einem Monat, zwei Millionen Euro aus der öffentlichen Finanzierung für die Partei einzubehalten.

Marine Le Pen drängte zwar offenen Rassismus zurück, vertritt aber weiter radikale Positionen gegen Einwanderung. Der neue Parteiname RN signalisiert, dass die Partei künftig auch Bündnisse und Kompromisse eingehen muss. Die zentrale Frage lautet: Kann sich die „Erbin“ Le Pen dauerhaft an der Parteispitze halten? Daran gab es nach der verlorenen Präsidentenwahl Zweifel. Christian Böhmer

Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH Linkeheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe

Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur

Redaktionsleitung: Dr. Klaus Gaßner  
Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Gerhard Windscheid, Rainer Haendje  
Chef vom Dienst: Peter Vollmer, Peter J. Funk, Michael Schorpp

Politik/Nachrichten: Dr. Gerhard Windscheid, Tobias Roth, Alexei Makartsev, Dr. Udo Stark, Roland Weisenburger, Bernd Kammlertner (Südwestecho). Wirtschaft: Dirk Neubauer, Mario Betschak. Kultur, Film und Fernsehen: Michael Hübl, Andreas Jüttner. Sport: René Dankert, Gerhard Wolff. Fächer und Reise: Roswitha Bruder-Pasewald, Sibylle Kranich. Beilagen und Sonderveröffentlichungen: Cora Jahn-Rosemann, Holger Keller. Karlsruhe-Stadt: Theo Westermann, Tina Kampf. Karlsruhe-Land: Matthias Kuld (Aus der Region), Dietrich Hendel (Hardt). Eitlingen: Heidi Schulte-Walter, Rainer Oberst. Bretten: Thilo Kampf, Hansjörg Ebert. Bruchsal: Christina Zapfel, Nicole Jannarelli. Pforzheim und Enzkreis: Daniel Streib, René Ronge.

Rastatt-Stadt und -Land, Gaggenau/Murgtal: Michael Janke, Thomas Dorscheid, Dr. Swantje Huse. Baden-Baden: Bernd Kappeler, Dr. Michael Rudolphi. Bühl: Wilfried Lienhard, Dr. Ulrich Coenen, Florian Konrad (Sport). Achern: Michael Moos, Frank Löhnig. Redaktionstechnik: Peter J. Funk. Schlussredaktion: Wolfgang Eisenbarth, Veronika Wunsch, Paul Urbanski. Stuttgart: Wolfgang Voigt. Berlin: Martin Ferber, Bernhard Junginger. Eigene Auslandsvertretungen in Washington, Moskau, London, Paris, Brüssel, Rom, Istanbul, Peking und Madrid. Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind die ersonannten Redakteure der jeweiligen Ressorts. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird von uns keine Gewähr übernommen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel, für lokale Anzeigen im Acher- und Bühlertal: Gerhard Fautz. Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigen-Preisliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abbestellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können nur schriftlich mit einer vierwöchentlichen Frist zum Monatsende angenommen werden. Bei Abbestellungen zu einem anderen Termin erfolgt keine Rückerstattung der Abonnements-

gebühren. Für zusammenhängende Bezugsunterbrechungen ab sechs Lieferungen erfolgt in der nächsten Abrechnungsperiode eine Gutschrift. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsbetrags. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragserfüllung hinaus.